

Christoph Scherrer*

Wider den Funktionalismus

Replik auf »Die strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates«

Zusammenfassung: In dem Beitrag kritisiere ich den impliziten Funktionalismus der von Brand u.a. vertretenen These, dass die Nichterfüllung zentraler Staatsfunktionen den mangelnden Fortschritt bei der Abkehr von fossilen Energieträgern im Rahmen staatlicher Dekarbonisierungsversuche erklärt. Zudem wird die These der Delegitimierung des Staates mit Hinweis auf die Rolle der Parteien hinterfragt. Um die Frage nach den Grenzen der Dekarbonisierung zu beantworten, sollte das analytische Augenmerk stärker auf die Machtressourcen und politischen, teils strukturellen Opportunitäten gelegt werden, die den führenden gesellschaftlichen Kräften zur Verfügung stehen.

Schlagwörter: Diskurs, Klimapolitik, Legitimation, Staatsfunktion, Staatstheorie

Against Functionalism

A Response to »Structural Limitations of the Decarbonisation State«

Abstract: This article critiques the implicit functionalism of the thesis put forward by Brand et al., which argues that the failure to fulfill key state functions explains the lack of progress in moving away from fossil fuels within the framework of state decarbonization efforts. Furthermore, it challenges the thesis of the state's delegitimization by examining the role of political parties. To answer the question of the limits of decarbonization, the analytical focus should be placed more strongly on the power resources and political – and in some cases structural – opportunities available to the leading social forces.

Keywords: Climate Policy, Discourse, Legitimacy, State Functions, State Theory

* Christoph Scherrer ist assoziiertes Mitglied des Kassel Institute for Sustainability.

Der Beitrag »Die strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates« (Brand u.a. 2025) in der PROKLA 221 enthält viele wichtige Einsichten zu den Schwierigkeiten, die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen zu überwinden. Die zentrale These des Beitrags ist, dass die »heftigen politischen und gesellschaftlichen Widerstände [...] auch Resultat wachsender Spannungen zwischen den Strategien des Dekarbonisierungsstaates und den zentralen Funktionen des liberalen kapitalistischen Staates« sind (ebd.: 806; Hervorhebung Ch. S.). Laut den Autor*innen führe der Versuch, die Dekarbonisierung umzusetzen, dazu, dass die zentralen Staatsfunktionen (»Wachstum, Legitimität und Sicherheit«; ebd.: 803) nicht erfüllt werden. Deshalb sei die Transformation zur fossilfreien Produktions- und Konsumweise strukturell durch den liberalen kapitalistischen Staat behindert. Gerade durch das im ersten Zitat hervorgehobene »auch« wird deutlich, dass der Beitrag gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nicht ignoriert. Die Behandlung des Staates als einzelnes, handelndes Subjekt und die Zuschreibung von Funktionen, die ein jeweiliger Staat zu erfüllen hat, führt jedoch letztlich zu einer konzeptionellen Vernachlässigung solcher Verhältnisse.

Objektive Funktionen des Staates?

Zunächst einige allgemeine Bemerkungen zu funktionalistischen Erklärungen. Diese leiten das Bestehen einer Institution – sei es die Ehe oder der Staat – aus

der Erfüllung von Funktionen ab. Diese Funktionen werden deduktiv bestimmt und in der Analyse konkreter Institutionen als objektiv vorgegeben behandelt. Entsprechend ist Staatstätigkeit eine Reaktion auf spezifische systemische Notwendigkeiten und unterliegt Handlungszwängen (vgl. Obinger 2023). So haftet der Aussage von Brand und anderen, dass ein Staat zur Sicherung seiner Existenz bestimmte Funktionen erfüllen muss, etwas Objektives an. Doch lassen sich diese Funktionen tatsächlich objektiv bestimmen? Oder sind es nicht vielmehr die Erwartungen dominanter gesellschaftlicher Gruppierungen – inklusive staatlicher Akteure –, die staatliche Apparate erfüllen müssen?

In einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft dürfte die Grundfunktion des Staates im marxischen Verständnis darin bestehen, die private Eigentumsordnung aufrechtzuerhalten. Da eine kapitalistisch verfasste Gesellschaft jedoch nicht frei von Interessenkonflikten ist und laut Marx sogar von einem Klassenantagonismus durchzogen ist, ist die konkrete Ausgestaltung der Eigentumsordnung – wenn nicht gar ihre Existenz – umstritten. Der liberal-kapitalistische Staat hat sich in den Metropolen des Kapitals als funktional erwiesen für die Erwartungen der Kapitalbesitzenden, die private Eigentumsordnung aufrechtzuerhalten. Dies geschieht, indem die diversen Risiken der Lohnabhängigen und von Bauernhöfen wohlfahrtsstaatlich abgedeckt werden und indem ihnen das Recht zusteht auf formale Gleichstellung vor Gericht, auf

freie Meinungsäußerung sowie in periodischen Abständen das Recht, ihre politischen Repräsentanten zu wählen. Diese Rechte gelten allerdings zuweilen nicht für diejenigen, die die private Eigentumsordnung grundsätzlich infrage stellen. Die wohlfahrtsstaatliche Absicherung und die Teilhabe am materiellen Wachstum lassen den liberal-kapitalistischen Staat bei großen Teilen der Bevölkerung, die kein Kapital besitzt, legitim erscheinen.

Doch was passiert, wenn die von den Autor*innen als zentral definierten Funktionen »Wachstum« und »Sicherheit« nicht mehr im gewohnten Umfang erfüllt werden? Ihnen zufolge führt dies zu einer Legitimationskrise. Eine elaboriertere funktionale Betrachtungsweise könnte allerdings auf funktionale Äquivalente zu »Wachstum« und »Sicherheit« verweisen (Luhmann 1970). Ein solches Äquivalent könnte beispielsweise die Delegitimierung der Rechte einer spezifischen gesellschaftlichen Minderheit sein; sprich, Besserstellung der Mehrheit auf Kosten von Minderheiten. Eine durch den ursprünglichen Funktionsverlust »objektiv« einzutretende Legitimationskrise bliebe dann aus. Anstelle von »Objektivität« tritt somit »Kontingenz«. Des Weiteren ist zu fragen, ob Legitimität überhaupt eine Staatsfunktion ist oder lediglich ein mögliches Resultat staatlichen Handelns. Wie Volker Heins ausführte, suggeriert der Ausdruck »Legitimation« einen »Gegensatz« von Staat und Gesellschaft. Die Reproduktion des Staates müsste aus der Reproduktion

der Gesellschaft erklärt werden – unabhängig davon, »wie ›beliebt‹ der Staat oder gar einzelne seiner Repräsentanten sind« (Heins 1990: 68).

Der Staat als Subjekt?

Der neu eingeführte Begriff des »De-karbonisierungsstaates« für jene liberal-kapitalistischen Staaten, die sich durch die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens zur Abkehr von fossiler Energie verpflichtet haben, ist Aufmerksamkeit erheischend. Doch die Reduzierung dieser Staaten auf diesen Begriff wird weder den vielfältigen Staatsaufgaben noch der Temporalität und der mangelnden Sanktionsbewehrung internationaler Verpflichtungen gerecht. Die Ratifizierung einer solchen internationalen Verpflichtung ist Resultat einer bestimmten Kräftekonstellation, sowohl binnen- als auch zwischenstaatlich. Ändert sich die Kräftekonstellation, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich zumindest die Interpretationen hinsichtlich dessen, zu was sich die Regierungen verpflichtet haben, ebenfalls ändern (Drubel/Mende 2023). Es kann auch zum Ignorieren der Verpflichtungen bis hin zur Kündigung des Abkommens kommen. Ein Beispiel hierfür ist das Verhalten der USA unter Präsident Donald Trump. Das Übereinkommen von Paris (so der offizielle Name) trägt dazu in besonderer Weise bei, da zur Erfüllung der Verpflichtungen ein langer Zeithorizont gewählt wurde und da keine Sanktionen bei Nichterfüllung

vorgesehen sind. Das heißt, das Abkommen wurde von Staatsoberhäuptern unterzeichnet, die zumindest in Staaten mit demokratischen Wahlen nicht unbedingt damit rechnen mussten, dass die vereinbarten Ziele noch während ihrer Amtszeit erfüllt sein müssen. Somit ist die Ernsthaftigkeit, mit der die Verpflichtungen eingegangen wurden, zu hinterfragen (Hansen 2016). Im Falle Deutschlands hat erst der Juniorpartner, die grüne Ministerriege, innerhalb einer nachfolgenden Regierung, der sogenannten Ampelkoalition (2021–2025), das Übereinkommen ernst genommen. Es wäre ebenso denkbar, vom »Menschenrechtsstaat« zu sprechen, zumal die diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen deutlich früher eingegangen wurden. An der Einhaltung der Menschenrechte scheitern weiterhin viele Staaten, unter den liberal-demokratischen Staaten vor allem die USA.

Der »Dekarbonisierungsstaat« wird nicht nur in der Überschrift, sondern durchgehend als individuelles Subjekt behandelt: »er [...] nimmt, riskiert« (Brand u.a. 2025: 803), »fußt auf [...], verspricht er« (ebd.: 805) etc. Diesem Staat wird auch ein Eigeninteresse zugeschrieben: »Die kontinuierliche Steigerung kapitalistischer Akkumulation sichert die *eigenen* Existenzgrundlagen des liberal-kapitalistischen Staates« (ebd.: 806, Hervorhebung Ch.S.). Diese Argumentationsfigur geht von einem einheitlichen Staat aus. Gerade von Poulantzas (2002) wissen wir jedoch, dass gesellschaftliche Kräfteverhält-

nisse den Staat durchziehen und sich in unterschiedlicher Weise in den Ministerien manifestieren. Da in Deutschland auch das Parteibuch für Karrieren im Staatsdienst von Bedeutung ist, stellt sich zudem die Frage, welche Interessen die Parteien verfolgen. Weiterhin gilt es, die Kabinettsmitglieder, Staatssekretär*innen und die nach Parteibuch ausgewählten Führungskräfte in den Ministerien – also die Regierung im weiteren Sinne – von der allgemeinen Beamtenschaft der Ministerien zu unterscheiden. Die allgemeine ministeriale Beamtenschaft hat sicherlich ein Interesse an der Stabilität ihrer Bezüge, doch ihr Einfluss auf die politische Richtung ist begrenzt – wenn überhaupt, dann wirkt sie eher wie ein bürokratischer Bremsblock (siehe unten) – und ihre Aussichten auf Karrieren außerhalb des Staates sind beschränkt. Dies gilt nicht für die Regierungsmitglieder im weiteren Sinne. Ihnen stehen in Deutschland Karrieren in der Wirtschaft (siehe Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel und Christian Lindner), in den Parteien (siehe Anke Fuchs und Annegret Kramp-Karrenbauer) oder auf europäischer Ebene (siehe von der Leyen) offen. Somit deckt sich deren Eigeninteresse eventuell nicht mit denen des »Staates«. In den USA ist die Verquickung von Staats- und Wirtschaftskarrieren noch wesentlich ausgeprägter.

Aus dieser differenzierten Betrachtungsweise folgt, dass keineswegs davon ausgegangen werden kann, dass der »Staat« in seiner Gesamtheit ei-

ner international eingegangenen Verpflichtung nachkommen will. Diese Erfahrung musste der Grünen-Politiker Robert Habeck nicht nur in dem von Olaf Scholz geführten Bundeskabinett, sondern auch in dem von ihm selbst geführten Ministerium machen, das jahrzehntelang von wirtschaftsnahen Ministern geleitet wurde. Entsprechend wenig »grün« war der ministeriale Beamtenapparat.

Delegitimierung von Staat oder Partei?

Zurecht weisen die Autor*innen darauf hin, dass »Politiken, die auf eine weitreichende Dekarbonisierung [...] abzielen, [...] zwangsläufig tiefe und als unangenehm empfundene staatliche Eingriffe in eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche« erfordern (Brand u.a. 2025: 807). Dies trifft jedoch auch auf neoliberale Politiken zu, auch wenn diese vorgaben, die Bevölkerung von staatlicher Bevormundung zu befreien. Die neoliberalen tiefgreifenden Eingriffe in viele Lebensbereiche lösten ebenfalls gesellschaftliche Proteste aus. Doch die entsprechenden staatlichen Eingriffe haben nicht den Staat als solchen delegitimiert, sondern einige (nicht alle!) jener Politiker, deren Partei einst für den Ausbau des Sozialstaates stand.

Das Gleiche gilt für staatliche Maßnahmen zur Einschränkung des Gebrauchs fossiler Energien. Nicht der Staat an sich wurde delegitimiert, sondern jene Partei, die sich besonders für

diese Maßnahmen einsetzte. Es ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen, die wegen ihrer umweltpolitischen Maßnahmen derzeit bei vielen Menschen Hassgefühle auslöst, und es sind nicht die »ewigen« Staatsparteien CDU und CSU. Die ungleich stärkeren Proteste gegen die Aufnahme einer großen Zahl an Geflüchteten, die von den Protestierenden als Staatsversagen empfunden wurde, haben nicht den Staat als solchen delegitimiert. Vielmehr wurde einerseits Angela Merkel, die Kanzlerin und Vorsitzende jener Partei, die zuvor jahrelang Wahlkampf gegen Asylsuchende und die doppelte Staatsbürgerschaft gemacht hatte und plötzlich die Grenzen nicht gegen Flüchtlinge dichtgemacht hatte, zur Zielscheibe des Protestes. Andererseits wurde von der Mehrheit der Protestierenden nicht der Staat an sich infrage gestellt, sondern eine Verschärfung der bereits zuvor vom »Sicherheitsstaat« (Hirsch 1986) praktizierten Repressionen gegen Flüchtlinge gefordert.

Ein Legitimitätsverlust muss entsprechend differenziert untersucht werden. Inwieweit die grundlegenden Funktionen eines Staates als erfüllt angesehen werden, hängt davon ab, welche Interpretationen des staatlichen Handelns und der Verantwortlichen sich im Diskurs durchsetzen. Aus der Pfadabhängigkeitsliteratur ist bekannt, dass selbst Institutionen, die allgemein als dysfunktional angesehen werden, Bestand haben können (Scherrer 2001). Eine Abkehr von dysfunktionalen Institutionen ist eine Fra-

ge der Machtverhältnisse und davon, inwiefern alternative Institutionen an Attraktivität gewinnen.

Was für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist, lässt sich ebenso wenig eindeutig bestimmen. Wenn der deutsche »Staat« tatsächlich an mehr Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit interessiert gewesen wäre, hätte er erstens keine Schuldenbremse eingeführt und zweitens früher und viel konsequenter darauf gedrungen, dass die Autoindustrie die Elektromobilität vorantreibt (Dullien u.a. 2025).

Richtig ist, dass die Nutzung fossiler Energien seit Beginn der Industrialisierung tief in die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumweisen eingeschrieben ist. Eine politische Abkehr von fossilen Energien würde somit massive Veränderungen in diesen Bereichen und somit auch in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bedeuten. Würde diese Abkehr rein marktwirtschaftlich (d.h. auch ohne staatlichen Zertifikatshandel) durch Preissignale erfolgen, wären auch Verwerfungen und Proteste zu erwarten. Dies würde jedoch in den Bahnen der vorherrschenden kapitalistischen Ordnung geschehen. Staatliche Kompensationsleistungen an die Verlierer solcher Prozesse wären wahrscheinlich ausreichend, um den marktwirtschaftlich vorangetriebenen Wandel nicht zu gefährden. Der Verzicht auf fossile Energiequellen bedarf allerdings, wie die Autor*innen zurecht bemerken, eines expliziten staatlichen Handelns.

Staat ohne Justiz und Medien?

Die liberale kapitalistische Staatsform, die privates Eigentum priorisiert, eine gewisse Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und Justiz aufweist, und private Medien zulässt, enthält zugleich viele Blockademöglichkeiten für gesellschaftliche Akteure. Neben den bereits erwähnten Blockaden durch andere Kabinettsmitglieder samt ihren Ministerien oder durch die von Parteien der Vorgängerregierungen personell besetzte Ministerialbürokratie steht im liberalen Staat zur Verhinderung gesetzlicher Maßnahmen auch der Rechtsweg offen. Die Justiz wacht über die »richtige« Anwendung der Gesetze, was natürlich einer Interpretation der Gesetze bedarf, die von Gericht zu Gericht, aber auch im Laufe der Zeit unterschiedlich ausfallen kann. Hinsichtlich des Klimaschutzes haben deutsche Gerichte interessanterweise mehrfach im Sinne der Klagen der Deutschen Umwelthilfe Urteile gefällt. Diese Urteile werden jedoch zum Teil von den jeweiligen zuständigen »Staatsapparaten«, inklusive der grün geführten Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmann, ignoriert (Waack 2025). Auch dies verweist auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und hegemoniale Diskurse.

Diskurse werden stark durch die Medien geprägt. Ein großer Teil der Medien befindet sich in privater Hand. Das Betreiben von privaten Medienunternehmen erfordert in der Regel einen großen finanziellen Aufwand. Wenn bei der Abkehr von fossilen Ener-

gien für finanzstarke Akteure viel auf dem Spiel steht, ist zu erwarten, dass sie ihre verfügbaren Mittel auch einsetzen, um den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen.

Die hier angebrachte Kritik am Beitrag von Brand und anderen soll dessen Verdienst um ein besseres Verständnis der Widerstände auf dem Weg zu einer postfossilen Wirtschaft nicht schmälern. Gleichwohl plädiere ich dafür, das analytische Augenmerk stärker auf die Machtressourcen und politischen, teils strukturellen Opportunitäten zu legen, die den führenden gesellschaftlichen Kräften zur Verfügung stehen, statt auf die Nichterfüllung von angeblich objektiven staatlichen Funktionen.

Literatur

- Brand, Ulrich u.a. (2025): Die strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates. In: PROKLA 221 55(4): 801-820. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v55i221.2226>.
- Drubel, Julia / Mende, Janne (2023): The hidden contestation of norms: Decent work in the International Labour Organization and the United Nations. In: *Global Constitutionalism* 12(2): 246-268. DOI: <https://doi.org/10.1017/S2045381722000259>.
- Dullien, Sebastian u.a. (2025): Modell Deutschland neu Justieren – Nachfrage und Innovationen Stärken. IMK Report Nr. 194.
- Hansen, James E. (2016): 4 Reasons the Paris Agreement Won't Solve Climate Change. In: *EcoWatch* (5.10.). URL: <https://www.ecowatch.com>, Zugriff: 13.4.2026.
- Heins, Volker (1990): Strategien der Legitimation. Das Legitimationsproblem in der politischen Theorie. Münster.
- Hirsch, Joachim (1986): Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (1970): Funktion und Kausalität. In: Ders.: *Soziologische Aufklärung* 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Köln/Opladen: 9-30. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-96984-2_1.
- Obinger, Herbert (2023): Funktionalismus. In: Wenzelburger, Georg / Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden: 23-43. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-34560-0_1.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Scherrer, Christoph (2001): *Jenseits von Pfadabhängigkeit und »natürlicher Auslese«: Institutionentransfer aus diskursanalytischer Perspektive*. Discussion Paper FS II 01-204, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Waack, Jonas (2025): Klimaschutz vor Gericht. Deutsche Umwelthilfe verklagt Kretschmann-Regierung (10.6.). URL: <https://taz.de>, Zugriff: 13.4.2026.

contraste

zeitung für selbstorganisation

500

43. JAHRGANG

MAI 2026

5,20 EUR



**SCHWERPUNKT
500 mal
CONTRASTE**

www.contraste.org



die graswurzelrevolution kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Normalabo/ Auslandsabo: 45 / 55 €
Förderabo/ Auslandsförderabo: 68 / 78 €
Schnupperabo/ Auslandsschnupperabo (3 Ausgaben): 9 / 12 €
pdf-Abo: 38 €

www.graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.



Zu links für dich



Mit **nd**DIGITAL bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

dasnd.de/digitallesen

nd  **DEINE ZEITUNG**



express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
www.express-afp.info
express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 4/2026 u.a.:

- Reinhard **Bispinck**: »Betriebliche Flexibilität und individuelle Arbeitszeitwünsche« – Regelungen zur Arbeitszeit
- Heiner **Dribbusch**: »Der Abwärtstrend setzt sich fort« – Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften 2025
- Ulrich **Maaz**: »Getrennt verhandeln, gemeinsam streiken« – Tarifrunden im ÖPNV
- Susanne **Uhl**: »Auf dem Weg zu 80 Prozent Tarifbindung?« – Tariftreuegesetz verabschiedet
- Gaston **Kirsche**: »Ein Schnaps reicht zum Leben nicht« – Kommentar zum TV-L-Ergebnis
- Lucas **Rudolph**: »Inflationsausgleichsprämie, die zweite« – Entlastungsprämie schadet mehr als sie hilft
- »Arbeitskonflikte entlang der automobilen Wertschöpfungskette« – Gespräch über die serbische Autoindustrie

Probieren?! Kostenfreies
Exemplar per mail oder Telefon bestellen

JETZT SPENDEN 1 MILLION GEGEN REPRESSION



Eine Kampagne
der Roten Hilfe



Antifaschismus steht unter massivem staatlichem Druck. Ob mit Prozessen, langen Haftstrafen oder internationalen Fahndungen – immer wieder sollen Einzelne herausgegriffen und stellvertretend verurteilt werden. Diese Angriffe zielen auf alle, die sich dem rechten Vormarsch in den Weg stellen und für eine solidarische Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Unterdrückung kämpfen. Aber wir wissen: Unsere Stärke liegt in der Solidarität.

SPENDET!



info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de



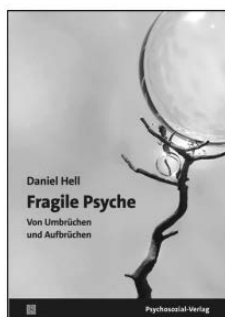
161 Seiten • Broschur • € 22,90
ISBN 978-3-8379-3454-0

Johannes Drerup

Moralischer Fortschritt

Geschichte vermitteln und Zukunft gestalten

Künftigen Generationen ein angemessenes Bild von Geschichte und demokratisch gestaltbaren Zukünften vermitteln.



202 Seiten • Broschur • € 29,90
ISBN 978-3-8379-3386-4

Daniel Hell

Fragile Psyche

Von Umbrüchen und Aufbrüchen

Kulturelle und persönliche Umgangsweisen mit Verletzlichkeit – gerade in Krisenzeiten.



Psychosozial-Verlag

Portofrei bestellen auf
www.psychosozial-verlag.de